

Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)

am 06. Mai 2021 (Videokonferenz)

TOP 4.1: Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe

Beschluss:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz fasst folgenden Beschluss:

1. Die Kinder- und Jugendhilfe hat in der **Corona-Pandemie** ihre Leistungsfähigkeit, ihre Flexibilität und ihre Orientierung am Wohlergehen der Kinder und Jugendlichen unter Beweis gestellt. Die Träger der freien wie der öffentlichen Jugendhilfe und die bei ihnen beschäftigten Fachkräfte haben frühzeitig den Ernst der Lage erkannt und sich mit hohem Einsatz engagiert, um die negativen Folgen der Pandemie für die Entwicklung der jungen Menschen abzumildern und möglichst gering zu halten. Dafür zollen ihnen die für Jugend zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder ihren Respekt und versichern sie ihrer besonderen Wertschätzung.
2. Das hinter uns liegende Jahr der Bekämpfung der Corona-Pandemie, die in Deutschland weitreichende **Einschränkungen** des öffentlichen Lebens und individueller Rechte zur Folge hatte, hat schwierige politische Abwägungen erfordert. Es waren die Erfordernisse des Infektionsschutzes und der Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems gegen die Ermöglichung sozialer Kontakte in allen Bereichen und damit auch dem Bedürfnis junger Menschen nach Spiel mit anderen Kindern, Kommunikation in der jugendlichen Gleichaltrigengruppe oder Sport und Bewegung im Freien abzuwägen. Auch jungen Erwachsenen wurden viele Einschränkungen zugemutet. Einschränkungen, die junge Menschen und ihre Familien betrafen, waren zeitweise unvermeidlich, um die Ausbreitung der Pandemie in ihren unterschiedlichen Phasen wirksam einzudämmen und auch die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zu schützen. In vielen Fällen standen die **Interessen der jungen Menschen und ihrer Familien** dabei zurück. Aus prognostiziert wenigen Wochen der Einschränkung wurden lange Monate, deren Auswirkungen auf die kindliche bzw. jugendliche Sozialisation, auf die körperliche wie die

Persönlichkeitsentwicklung noch nicht in vollem Umfang absehbar sind. Die JFMK ist sich bewusst, dass diese Folgen zu erforschen und in der Fachentwicklung der nächsten Jahre zu berücksichtigen sind. Mit Blick auf die bisher bekannten Auswirkungen der Pandemie auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen unterstreicht die JFMK die hohe Bedeutung der **Offenhaltung der Regelinstitutionen** des Bildungswesens und der Kinder- und Jugendhilfe auch unter den Bedingungen der Pandemie. Aus Sicht der JFMK sollten die mittlerweile zur Verfügung stehenden Möglichkeiten des Infektionsschutzes genutzt werden, um die Arbeit der für das Aufwachsen junger Menschen und die Unterstützung der Familien unverzichtbaren Institutionen möglichst sicherzustellen.

3. Die JFMK bekräftigt, dass Kinder auch in Zeiten einer pandemischen Situation im Rahmen der **Kindertagesbetreuung** ein Recht auf frühkindliche Bildung haben und die Eltern sich darauf verlassen können müssen, sowohl in ihrem Erziehungsauftrag unterstützt als auch mit der Vereinbarkeit von Kinderbetreuung und Beruf nicht allein gelassen zu werden. Nach längerer Einschränkung der Bildung und Betreuung in Kitas und Kindertagespflege ist damit zu rechnen, dass besonders Unterschiede in der Entwicklung und Gesundheit von Kindern noch stärker sichtbar werden. Es gilt, Kinder mit entsprechenden Bedarfen intensiv gezielt zu fördern und die Einrichtungen dabei zu unterstützen. Aus Sicht der JFMK gestaltet sich die Kindertagesbetreuung auch unter den besonderen Bedingungen des Gesundheitsschutzes dort konfliktärmer, wo gute Zusammenarbeit und Kommunikation aller Beteiligten – Träger, Fachkräfte und Eltern - Alltag ist. Die JFMK weist darauf hin, dass die Ermöglichung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur in der Verantwortung der Kinder- und Jugendhilfe liegen kann, sondern eine ganzheitliche Bildungs- und Wirtschaftspolitik zur Voraussetzung hat.
4. Die **Kinder- und Jugendarbeit** wie auch die **Jugendsozialarbeit** haben ihre Angebote auch unter den Bedingungen der Pandemieeindämmung aufrechterhalten. Soweit keine Präsenzangebote möglich waren, wurden andere bzw. neue digitale Formate geschaffen, um bestmöglich den Kontakt zu den jungen Menschen zu halten. Dabei zeigt sich einerseits die hohe Professionalität der Fachkräfte, die Angebote schnell neu zu konzipieren und andererseits, dass digitale Zugänge, Online-Bildungsangebote und die Aufrechterhaltung der Kontakte durch elektronische Medien eine pragmatische Lösung sind, nicht aber die persönliche Begegnung und das tatsächliche Zusammensein ersetzen können. Es zeigt sich auch, dass junge Menschen aufgrund der lang anhaltenden Pandemie zunehmend schwerer über rein digitale Angebote zu

erreichen sind. Hinzu kommt, dass junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien oftmals nicht über die nötige Ausstattung verfügen, um digitale Angebote im vorgesehenen Umfang wahrnehmen zu können. Hinweise aus der Praxis legen zudem nahe, dass für viele Kinder und Jugendliche sozialpädagogisch verantwortete Freizeitangebote aus dem Blick geraten sind, weshalb aus Sicht der JFMK eine wichtige Herausforderung darin besteht, junge Menschen wieder für die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit zu gewinnen.

Die JFMK bekräftigt, dass der Anspruch, Lernrückstände aufzuholen, im Gleichklang mit dem hohen Bedürfnis junger Menschen nach außerschulischen Kontakten, Bildungs- und Freizeitaktivitäten zu beachten ist. Es ist befürchten, dass die monatelangen Schulschließungen die Gruppe der schuldistanzierten Kinder und Jugendlichen wesentlich vergrößert haben und die Schere zwischen den Erfolgreichen und den Abgehängten sich wieder weiter öffnet. Es bedarf daher der nachhaltigen Stärkung der Angebote der Jugendarbeit und insbesondere der Jugendsozialarbeit, um in dieser Situation bedarfsgerechte Angebote zur Verfügung stellen zu können. Die JFMK unterstützt daher, dass Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit schnellstmöglich in vollem Umfang ermöglicht werden.

5. Die **Familieninstitutionen** und Träger der **Familienbildung** vor Ort waren gerade in den letzten Monaten ein wichtiger Anker für Familien. Auch wenn die Räumlichkeiten geschlossen waren und es vielfach auch noch sind, wurden die Angebote der Familieninstitutionen und -bildung stark nachgefragt und wo es möglich war, digital oder kontaktarm durchgeführt. Diese Angebote für Familien müssen auch künftig vorgehalten und ihre Infrastruktur gesichert und ausgebaut werden, um allen Familien die Unterstützung zukommen zu lassen, die sie brauchen. Die JFMK setzt sich dafür ein, dass Bund, Länder und Kommunen gemeinsame Anstrengungen unternehmen, diese Infrastruktur auch künftig gut zu unterstützen.
6. Repräsentative Studien zeigen, dass sich die **Lebensqualität, der Zugang zu Bildung und die allgemeinen Partizipationsmöglichkeiten** von Kindern und Jugendlichen während der Pandemie verschlechtert haben. Besonders betroffen sind danach Kinder aus Risikofamilien. Der eigene Wohnbereich wurde zum maßgeblichen oder gar ausschließlichen Lebensumfeld von Familien, andere soziale Kontakte auf das Äußerste begrenzt. Für besonders belastete Familien reduzierten sich wertvolle **Hilfe- und Unterstützungssysteme** von Leistungsträgern, angefangen von niedrighwelligen Angeboten der Jugendhilfe bis hin zu gemeinnützigen Angeboten

im Sozialraum. Es besteht Anlass zur Befürchtung, dass durch die Kontaktreduzierung und den teilweise fehlenden Zugang zu den unterstützenden Vertrauenspersonen, Kindeswohlgefährdungen weniger sichtbar waren. Wenngleich es derzeit noch nicht überall standardisierte Personalbemessungskonzepte als Rahmung für eine ausreichende sächliche und personelle Ausstattung gibt, haben die Fachkräfte in den Jugendämtern ihr Wächteramt ununterbrochen wahrgenommen. In Kinderschutzfällen erfolgten weiterhin Hausbesuche teils unter persönlichen Gesundheitsrisiken aufgrund unbekannter Quarantänelage in den Familien. Kinder und Jugendliche, für die ein Schutzkonzept vorlag oder für die die Jugendämter entsprechende Bedarfe festgestellt haben, konnten häufig in die Notbetreuungen der Kindertagesbetreuung und Schulen aufgenommen werden. Dies gilt es auch für die weitere Pandemie zu verstetigen. Insgesamt ist eine große Innovationsbereitschaft notwendig, um den Kontakt zu den jungen Menschen und Familien aufrechtzuerhalten. Fachkräfte haben kreative Wege gefunden, ihre Arbeit fortzusetzen und wo nötig Kindeswohlgefährdungen abzuwenden. Vielerorts werden neue, digitale Methoden der Kontaktaufnahme und Hilfeplanung erprobt und eingesetzt. Diese sollten in Ergänzung zu Präsenzangeboten weiter ausgebaut werden, um auch in Zukunft mehr belastete Familien direkter erreichen zu können.

Darüber hinaus muss geprüft werden, ob der **präventive Kinderschutz** in der Pandemie zu kurz gekommen ist. So wird etwa in einzelnen Regionen beobachtet, dass ambulante Maßnahmen mit präventivem Charakter nur marginal und mit erheblicher Zeitverzögerung geleistet werden konnten. Sollte ein Rückstau festgestellt werden, müssen diese ambulanten Hilfen schnellst möglich wieder in den Blick genommen und umgesetzt werden, um einer möglichen Verschlechterung familiärer Situationen vorzubeugen.

In den präventiv orientierten **Frühen Hilfen**, die insbesondere Familien in belasteten Lebenslagen adressieren, haben die Kontaktreduzierungen Auswirkungen gezeitigt: Die längerfristige aufsuchende Familienbegleitung durch Familienhebammen oder Familien-, Gesundheits- und Kinderkrankenpfleger*innen basieren zentral auf dem direkten persönlichen Kontakt mit den Familien. Dieser konnte durch alternative Formate nur sehr begrenzt kompensiert werden.

In den stationären Einrichtungen der **Hilfen zur Erziehung** fielen, abgesehen von konkreten Verdachts- und Erkrankungsfällen sowie Quarantänemaßnahmen, vor allem teils fehlende technische Ausstattungen und der häufige Bedarf an zusätzlichen

personellen Ressourcen zur Bewältigung des Distanzunterrichts während der Schulschließungen ins Gewicht. Zusätzlich belastend – sowohl für die jungen Menschen wie auch für die Fachkräfte – wirkten sich Kontaktbeschränkungen, phasenweise Betretungsverbote und weitere notwendige Infektionsschutzmaßnahmen aus. Die für die Hilfeerbringung erforderliche Ansprache der Familien stieß unter diesen Bedingungen an ihre Grenzen. Vor allem für die jungen Menschen, die in den Einrichtungen leben, bedeuten die Kontaktbeschränkungen, zum Teil auch Quarantänen, häufig sehr große Einschnitte.

7. Die Situation in den **Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe** war teilweise davon bestimmt, dass Fachkräfte wegen der Schließungen der Kindertagesbetreuung und Schulen durch die notwendige Betreuung ihrer eigenen Kinder in geringerer Zahl zur Verfügung standen und die Belastung für die verbleibenden Fachkräfte überproportional stieg und durch Quarantäneanordnungen und Krankheitsfälle verschärft wurde. Öffentliche und freie Träger der Kinder- und Jugendhilfe stehen vor der Herausforderung, ihrer Verantwortung für die zu betreuenden Kinder und Jugendlichen ebenso gerecht zu werden wie ihrer Verantwortung als Arbeitgeber.
8. Die JFMK ist überzeugt, dass es **weiterer Untersuchungen** bedarf, um die Wirkungen der Pandemie auf die Kinder- und Jugendhilfe umfassend zu verstehen. Dazu gehört nicht nur die Jugendforschung im Blick auf die unmittelbaren Wirkungen der Einschränkungen auf das Aufwachsen junger Menschen, sondern auch die systematische Erfassung neu entstandener Arbeitsformen und die Überprüfung, was davon auf Dauer beibehalten werden soll. Einer eingehenden Betrachtung bedürfen die gesundheitlichen Folgen der Corona-bedingten Einschränkungen für Kinder und Jugendliche. Dabei ist ein Gesundheitsverständnis notwendig, das neben der körperlichen Gesundheit, dem Infektionsschutz (und der Impfstoffentwicklung für Kinder und Jugendliche) auch die soziale, emotionale und mentale Gesundheit junger Menschen in den Blick nimmt.

Entscheidend ist, dass die **jungen Menschen** in die weiteren Prozesse **konsequent eingebunden und beteiligt** werden. Aktuelle Studien zeigen, dass sich junge Menschen nur unzureichend gehört, gesehen und beteiligt fühlen. Will man aus den Folgen der Corona-Pandemie für die Zukunft lernen, dann geht das nur gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen. Die JFMK spricht sich daher für eine breite und nachhaltige Beteiligung von jungen Menschen auf allen Ebenen aus. Dazu gehören auch

Bedarfserhebungen, die in den nächsten Jahren gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen getragen werden müssen.

Die JFMK ist überzeugt, dass für eine Zeitlang in stärkerem Umfang Beratungs- und Betreuungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe sowie Freizeitangebote benötigt werden. Die JFMK begrüßt daher ausdrücklich die Initiative der Bundesregierung für ein „Aktionsprogramm Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022. Es ist richtig, bereits vorhandene Strukturen zu nutzen, damit die Hilfe schnell bei den Kindern, Jugendlichen und Familien ankommt. Dabei sind insbesondere auch die psychosozialen Folgen der Pandemie auf die Kinder, Jugendlichen und Familien zu berücksichtigen. Die Länder erwarten dabei eine unbürokratische Umsetzung, ein dauerhaftes finanzielles Engagement des Bundes sowie die Berücksichtigung des zusätzlichen Verwaltungsaufwands von Ländern und Kommunen bei der Umsetzung des „Aktionsplans“. Darüber hinaus appelliert die JFMK an alle Verantwortlichen aus Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene, in vergleichbaren Situationen künftig darauf zu achten, die gesamte Kinder- und Jugendhilfe als systemrelevant zu betrachten und ihre Angebote weitestgehend geöffnet zu halten.